

An den  
Vorsitzenden des Rates

Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Roters

Rathaus · 50667 Köln  
Fon 0221. 221-23830  
Fax 0221. 221-23833  
fdp-fraktion@stadt-koeln.de  
[www.fdp-koeln.de](http://www.fdp-koeln.de)

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 31.01.2012

**AN/0155/2012**

**Antrag nach 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.02.2012

**Resolution für die Beibehaltung der bei Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie im Einzelhandel bewährten Ladenöffnungszeiten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 14. Februar 2012 zu setzen.

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung und den Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen auf, das Ladenöffnungsgesetz in seiner aktuell bestehenden Form beizubehalten, und damit den Bürgerinnen und Bürgern und dem Einzelhandel die freie Entscheidung des eigenen Einkaufs- und Verkaufsverhaltens im bisherigen Rahmen zu überlassen.

Begründung:

Nach nahezu einhelliger Einschätzung der Sachverständigen hat sich das liberale Ladenöffnungsgesetz in der Praxis voll und ganz bewährt. Das hat bereits die Evaluierung des Gesetzes durch die Landesregierung ergeben und wurde in der Anhörung im Landtag noch einmal bestätigt. Von verschiedenen Wirtschaftsverbänden bis hin zur Verbraucherzentrale und zum Tourismus NRW e.V. haben alle eindringlich davor gewarnt, die Ladenöffnungszeiten in NRW zu beschneiden.

Dies würde nicht nur für die Konsumenten ein Verlust an Flexibilität und Freiheit bedeuten, sondern vor allem die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Einzelhandelsbetriebe empfindlich einschränken. Bestehende Nachteile im Wettbewerb mit dem Online-Handel und dem benachbarten Ausland würden so drastisch verschärft.

Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Effekte ist dargelegt worden, dass die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum seit Inkrafttreten der längeren Öffnungszeiten deutlich angestiegen ist, und zwar nicht nur bei den geringfügigen, sondern vor allem auch bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Kürzere Ladenöffnungszeiten werden demnach zu Arbeitsplatzabbau im Einzelhandel führen.

Gerade in einer Metropole wie Köln würden geringere Öffnungszeiten zu massiven Einschnitten führen, da hier zahlreiche Geschäfte die Möglichkeiten des Verkaufs bis 22 bzw. 24 Uhr nutzen. Und der Einzelhandel würde dieses Angebot nicht aufrecht erhalten, wenn die Kölnerinnen und Kölner es nicht nutzen würden. Dabei darf auch der Aspekt der spätabendlichen Belebung von Einkaufsstraßen mit der verbundenen sozialen Kontrolle nicht unberücksichtigt bleiben.

Die von Rot-Grün angestrebte Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage würde gerade auch in den Großstädten zu einem Verlust an Veedelskultur führen, denn Sonderöffnungszeiten würden zu Lasten der Stadtteile und ihrer Feste beschränkt. In dieser Frage braucht Köln Chancengleichheit mit den kleinteiligen Kommunalstrukturen im Umland.

Deshalb fordert die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln, die liberalen Ladenöffnungszeiten nicht zu Lasten der Kunden und Händler in Nordrhein-Westfalen und Köln wieder einzuschränken. Die staatliche Bevormundungspolitik muss ein Ende haben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ralph Sterck  
Fraktionsvorsitzender

gez. Reinhard Houben  
Wirtschaftspolitischer Sprecher